



# AL Info <sup>4</sup>/<sub>16</sub>

**2** Es geht um unsere Renten!  
Marco Medici erklärt, warum die AHVplus-Initiative so wichtig, aber erst ein Anfang ist.

**5** Prostitutionspolitik:  
Gemeinderätin Christina Schiller kritisiert den Stadtrat und fordert klare Korrekturen.

**8** Wieviel Realpolitik  
erträgt eine AL-Politikerin?  
Kantonsrätin Laura Huonker nimmt Stellung.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Kinderbetreuung: Jetzt ein JA einlegen!

**Am 25. September geht es ums Ganze: Mit der Kinderbetreuungs-Initiative kommt im Kanton die wichtigste AL-Vorlage seit der Pauschalsteuer zur Abstimmung.**

Es ist uns gelungen, ein breit abgestütztes Komitee für das JA aufzubauen. Die Zeichen stehen gut, das Anliegen mobilisiert über alle Parteigrenzen hinweg. Auch unsere Gegner müssen zugeben: Es gibt ein Finanzierungsproblem, die Kosten für die Kinderbetreuung für die Eltern sind zu hoch. Abstriche bei den Löhnen und damit der Qualität, wie die Bürgerlichen vorschlagen, sind indiskutabel.

Unsere Initiative macht einen fairen Vorschlag. Die Wirtschaft soll sich mit einer moderaten Abgabe an der Finanzierung der Kosten beteiligen. Die Unternehmen profitieren erwiesenermassen von einer guten Betreuungsinfrastruktur. Die Kosten überlassen sie jedoch Eltern und Gemeinden. Das wollen wir ändern: wer profitiert, soll auch Mitverantwortung übernehmen.

### Ein JA für echte Wahlfreiheit!

Bei einem JA am 25. September müssen die Unternehmen 0.2 Prozent der Lohnsumme in einen Betreuungsfonds einzahlen. Damit stehen zusätzlich 120 Mio Franken pro Jahr zur Verfügung – ein wirksamer Beitrag zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wer beides unter einen Hut bringen will, soll nicht aus Kostengründen davon abgehalten werden. Erwerbsarbeit soll sich auch für Familien lohnen, die kein Anrecht auf subventionierte Plätze haben. Damit tun wir einen entscheidenden Schritt hin zu einer echten Wahlfreiheit. Oder wie Regierungsrätin Carmen Walker Späh im «10 vor 10» sagte: «Wir müssen in unserer Schweiz dazu kommen, anzuerkennen, dass Tagesstrukturen und Tagesschulen auch Infrastrukturen sind, die wir brauchen für unsere Gesellschaft, damit die Wahlfreiheit, ob man Beruf und Familie verbinden will oder nicht, für Männer und Frauen da ist.»

### Ein JA zur Gleichberechtigung

Heute finanzieren Eltern und Gemeinden diese Infrastrukturen, neu soll auch die Wirtschaft die Kosten mittragen. Unsere Initiative bietet den Menschen im Kanton Zürich eine echte Chance zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und ein Erfolg erlaubt es der AL, auf einem

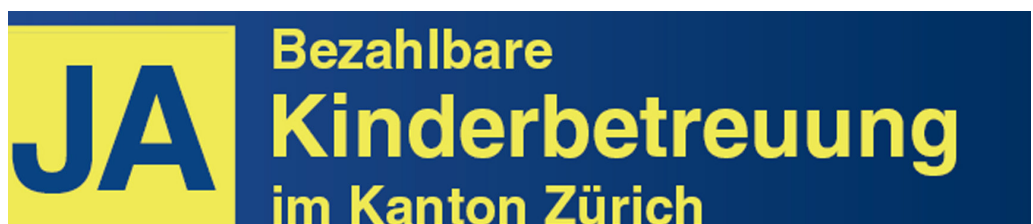
neuen, zentralen politischen Themengebiet zu punkten: Gleichberechtigung und Familienpolitik.

Ein JA ist zudem ein positives Signal, dass die Linke nicht nur – oftmals zermürbende – Abwehrkämpfe führen, sondern auch aktiv Verbesserungen erkämpfen kann. Das muss uns endlich wieder einmal gelingen. Du kannst dazu beitragen: Stimm JA zur Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» und motiviere möglichst viele in deinem Umfeld dazu! Damit wir für diese sozialpolitisch wichtige Reformvorlage eine klares Mehr erreichen.

**Kibe-Kampagnenteam**

**Wir suchen Leute, die das Thema persönlich an die WählerInnen bringen. Macht mit und meldet euch auf [sekretariat@al-zh.ch](mailto:sekretariat@al-zh.ch)!**

**Ausserdem braucht das Komitee dringend Spenden: Konto\_ 87 – 63811-5 IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5 Vermerk «Kinderbetreuung»!**



## Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 25. Sept. 2016:

### STADT ZÜRICH

Neubau ZSC-Stadion **NEIN**

Änderung der Vorschriften über die  
Parkierungs- und Parkuhrkontrollgebüh-  
ren **JA**

Ersatzneubau Schulanlage Schauen-  
berg **JA**

Neu- und Umbauten sowie Investitions-  
beiträge Schütze-Areal **JA**

### KANTON ZÜRICH

AL-Initiative «Bezahlbare Kinderbetreu-  
ung für alle» **JA**

### BUND

Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» **JA**

Volksinitiative «AHVplus» **JA**

Bundesgesetz über den Nachrichten-  
dienst (NDG) **NEIN**

## Finanzen

Das Komitee „Kinderbetreuung JA“ ist  
angewiesen auf Spenden. Bitte auf  
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5  
einzahlen mit Vermerk: «Kinderbetreu-  
ung JA»! Vielen Dank!

## Termine

**Dienstag, 27. September, 19 Uhr**

AL-Vollversammlung Stadt und Kanton

**Donnerstag, 9. Oktober, 19 Uhr**

Diskussion zum „Grundlagenpapier  
Polizeiarbeit“

**Dienstag, 25. Oktober, 19 Uhr**

AL-Vollversammlung Stadt

## Impressum

Alternative Liste (AL)  
Molkenstrasse 21  
8004 Zürich  
www.al-zh.ch

### Sekretariat

Corin Schäfli und Markus Gafner  
sekretariat@al-zh.ch  
Tel. 044 242 19 45  
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

**Erscheint** 6-mal jährlich

**Auflage/Druck:** 2200 Ex.,  
Druckerei Nicolussi, Zürich

**Layout:** Corin Schäfli, Markus Gafner

**Redaktion:** Dayana Mordasini, Corin  
Schäfli, Niklaus Scherr, Attilio Stoppa,  
Markus Gafner.

# Renten-Abbau?

## Ausbau mit AHVplus!

**Am 25. September stimmen wir darüber  
ab, ob alle Rentnerinnen und Rentner künf-  
tig 10 Prozent mehr AHV erhalten sollen.  
Marco Medici erklärt, warum die Initiative  
für die Linke so wichtig ist und warum bei  
der Altersvorsorge langfristig eine Integra-  
tion der zweiten in die erste Säule ange-  
strebt werden muss.**

Der Sündenfall geschah 1972. Das  
Schweizer Volk entschied sich gegen die  
Volkspensions-Initiative und für das  
3-Säulen-Modell, nicht zuletzt, weil die  
Initiative aus der falschen, der PdA-Ecke  
kam. Auch SP und Gewerkschaften (mit  
Ausnahme des VPOD) waren gegen die  
Volkspension.

### Die Tücken des Säulen-Systems

Die erste Säule, die AHV, basiert auf  
dem Umlageverfahren, d.h. die aktive  
Generation finanziert die Renten der  
Alten. Die zweite Säule nennt sich Kapital-  
deckungsverfahren, d.h. jede und jeder  
spart für sich individuell ein Altersgutha-  
ben an. Um eine passable Rente zu errei-  
chen, muss dieses Altersguthaben laufend  
verzinst werden – bei Minuszinsen wird  
dies zum Problem. Die dritte Säule  
schliesslich nennt sich private Vorsorge.  
Allerdings kommt diese dritte Säule für  
eine Mehrzahl der Bevölkerung nicht oder  
kaum in Frage. Wer kann schon regelmä-  
ssig zusätzlich zur normalen Sparquote  
noch Alterskapital ansparen.

Die zweite Säule generiert eine unge-  
heure Menge an Geld. Zurzeit liegen im  
Spartopf etwa 970 Milliarden Franken.  
Ein Teil davon fliesst in den Wohnungs-  
markt und sorgt dort für steigende  
Mieten.

**Die Reform 2020 von Bundesrat Berset  
ist eine Abbauvorlage.**

So soll der Umwandlungssatz beim  
Alterskapital der 2. Säule von 6,8% auf  
6,0% gesenkt werden. Diese 2. Säule war  
von Anfang an eine Kapitalspekulation.  
Zurzeit geht diese eben nicht mehr auf, die  
Renten sollen sinken.

Da kommt die Initiative der Gewerk-  
schaften, die sich AHVplus nennt, gerade  
zur rechten Zeit. Die AHV-Rente soll für  
alle um 10 Prozent angehoben werden,  
wobei 0,4 Lohnprozente für Arbeitgeber  
und Arbeitnehmer für die Finanzierung  
sorgen sollen. Dies ist ein Schritt in die  
richtige Richtung: Stärkung der AHV auf  
Kosten der zweiten Säule.

Die zweite Säule ist extrem ineffizient  
und teuer, werden doch jährlich 6,5 Milli-  
arden Franken für die Verwaltung des  
Vermögens und die Administration und  
zudem 690 Millionen Franken pro Jahr  
für die Gewinne der Lebensversicherun-  
gen verschwendet. Die AHV benötigt  
einen Bruchteil davon für die Vermögens-  
verwaltung.

**Langfristig muss die Forderung lau-  
ten: Integration der zweiten Säule in  
die erste!**

Die Abstimmung zur Initiative AHV+  
hat aber noch eine zusätzliche Bedeutung:  
Das Volk soll an der Urne den Abbauern  
unseres Sozialstaates die rote Karte  
zeigen. Nein zu Frauenrentenalter 65,  
Nein zu AHV-Alter 67, Ja zu AHVplus!

**Marco Medici, Präsident Avivo Zürich,  
Vorstand AL Zürich**

# AHVplus



# Markus Gafner im Gespräch



**Seit Anfang August arbeitet Markus Gafner als politischer Sekretär und Fraktionssekretär bei der AL Zürich. Mit Corin Schäfli spricht er über erste Eindrücke,**

**Erwartungen an den neuen Job, alternative Stadtführungen in Winterthur und Höhenflüge abseits der Politik.**

**Markus, wieso hast du dich bei der AL beworben?**

Nach 10 Jahren als Sportredaktor bei SRF war es Zeit für etwas Neues. Mir war klar, dass ich langfristig in einem sozialen oder politischen Kontext tätig sein will. Es ist etwas Besonderes, seine Arbeitszeit für Projekte einzusetzen, die sich mit den eigenen Grundwerten decken.

**Was ist deine Geschichte mit der AL?**

Ich war bisher nicht parteipolitisch aktiv, habe die AL aber meist gewählt. Ich fühle mich hier politisch zuhause und identifiziere mich stark mit der Partei.

**Deine ersten Eindrücke?**

Es erwartet mich eine enorm interessante Arbeit. Ich habe vorher in einem relativ durchstrukturierten Grossbetrieb gearbeitet. Hier im Sekretariat bin ich allein oder zu zweit. Wir müssen und dürfen einen grossen Teil unserer Aufträge und Abläufe selber definieren. Das ist eine grosse Herausforderung, aber eine ungemein spannende.

**Hast du schon erste Ziele als neuer AL-Sekretär?**

Ich will mich zunächst darauf konzentrieren, die Administration und den Informationsfluss innerhalb der Partei effizient zu halten. Das ist die Grundlage, um inhaltlich an politischen Themen zu arbeiten. In einem basisdemokratischen Betrieb ist Effizienz nichts Selbstverständliches und das soll es auch nicht sein. Ein gewisses Mass an Diskussionen zu Strukturen ist nötig. Die Kunst ist, diese so gezielt zu führen, dass genug Zeit für die wichtige inhaltliche Debatte bleibt.

**Wo siehst du die brennendsten Themen für die AL?**

Ein Teil unserer Agenda wird uns aufgezwungen, etwa der Kampf gegen Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher

Einrichtungen oder Aushöhlung von Grundrechten. Den zweiten Teil der Agenda bestimmen wir selbst, indem wir mit klugen Ideen aufwarten. Die Kinderbetreuungsinitiative ist das beste Beispiel dafür. Auf lokaler und kantonaler Ebene können wir im Kleinen viel bewirken. Im grösseren Kontext wird die Automatisierung in vielen Wirtschaftszweigen zur grossen Herausforderung für die Linke. Wir müssen Lösungen finden für die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen.

**Wie etwa das bedingungslose Grundeinkommen?**

An diesem Thema sollten wir dranbleiben. Obwohl die Initiative, über die wir im Juni abgestimmt haben, wenig ausgearbeitet war, zeigten die Abstimmungsergebnisse, dass grosse Teile der Bevölkerung bereit sind, sich mit dieser Idee ernsthaft auseinanderzusetzen. Jetzt geht es darum, das Thema als linke Forderung zu halten und es nicht den Neoliberalen zu überlassen.

**Kannst du dir vorstellen, je ein politisches Amt anzutreten?**

Morgen nicht. Aber mittel- bis langfristig schliesse ich das nicht aus. Klar ist, dass es ein grosses Spannungsfeld gibt zwischen Idealismus und pragmatischer parlamentarischer Alltagspolitik. Dies ist für die AL sicherlich manchmal problematisch. Aber frag mich doch in einem Jahr nochmals, ich bin selbst gespannt auf meine Antwort!

**Was machst du mit deiner übrigen Zeit?**

Dadurch, dass ich hier Teilzeit arbeiten kann, bleibt noch Zeit für meine Nebenjobs. Als alternativer Stadtführer und Mitbegründer des Vereins «Kehrseite Winterthur» biete ich historische Rundgänge zu Themen an, die sonst unter den Teppich gewischt werden: etwa zum Umgang mit Verbrechen in verschiedenen Phasen der Geschichte oder zu Krisen und gewalttätigen Konflikten.

In meiner Freizeit gehe ich oft wandern, klettern und Gleitschirmfliegen. Ich biete Passagierflüge an und bin selbst am liebsten cross country unterwegs: Das Fluggerät am Morgen im Wallis aus dem Rucksack nehmen und es am Abend am Walensee wieder einpacken, dazwischen unzählige Gipfel nur mit Hilfe der Thermik überwinden: das fasziniert mich. Und natürlich bin ich ein grosser Fan des FC Winterthur.

**Interview: Corin Schäfli**

## AL Filmtipp

**Rosa Maino empfiehlt:**



**FUOCOAMMARE. Dokumentarfilm von Gianfranco Rosi. Seit 1. September in den Kinos.**

Mit Gianfranco Rosi Film FUOCOAMMARE

Über den Inselalltag auf Lampedusa ist an der diesjährigen Berlinale zum ersten Mal in der bald 70-jährigen Geschichte des Filmfestivals ein Dokumentarfilm mit dem Hauptpreis ausgezeichnet worden. Rosi's Werk – von der Jury als «notwendiger» Film betitelt – hat bei der internationalen Presse mehrheitlich grossen Anklang gefunden, in der deutschsprachigen Filmkritik jedoch stark polarisiert. Die einen kritisieren, der Filmemacher habe zu stark inszenatorisch eingegriffen, die andern beanstanden, er habe ganz im Gegenteil mit FUOCOAMMARE bloss strenge Aufzeichnungsdisziplin und zu wenig Haltung bewiesen oder aber er habe montage-technisch Banales und Elendes in moralisch verwerflicher Weise gleichgestellt. Gianfranco Rosi richtet sein Augenmerk zunächst auf die einheimische Inselbevölkerung, deren Leben – von den Tragödien der Bootsflüchtlinge weitgehend unberührt – in beschaulichen Bahnen verläuft. Bilder von Radaranlagen, Marineschiffen und Helikoptern, die auf der Tonspur von Funksprüchen dramatischer Hilferufe und lapidaren Radiomeldungen begleitet werden, dokumentieren die Suche nach Menschen in Seenot und stehen für die spärlichen Berührungspunkte der ansonst parallel verlaufenden Welten der Insulaner und der aus ihrer Heimat Vertriebenen. Seit der Einführung der Rettungsoperationen auf See ist Lampedusa nicht mehr nur der Ort, wo viele Flüchtlinge ankommen, sondern ist zu einer grossen Erstaufnahme-Einrichtung mutiert, die einen weiteren Fokus des Films bildet. Kommentarlos ganz am Schluss die unfassbaren Szenen der eigentlichen Rettungsaktionen. FUOCOAMMARE entfaltet trotz seines gemächlichen Rhythmus und vordergründiger Ruhe seine Wirkung mit voller Wucht: als beklemmende Metapher für das Sterben und Überleben von vielen Tausend Menschen, das sich gewissermassen vor unser aller Haustür abspielt und über das wir doch meist hinwegsehen.

# Kurswechsel in der Prostitutionspolitik tut Not

**Vor gut vier Jahren wurde die Prostitutions-gewerbeverordnung PGVO verabschiedet. Anhand der aktuellen Debatte im Gemeinderat zieht AL-Gemeinderätin Christina Schiller kritische Bilanz. Die AL fordert klare Korrekturen.**

In einer mehrstündigen Debatte hat der Zürcher Gemeinderat Ende August einen Bericht des Stadtrats, zwei AL-Motionen, ein AL-Postulat und ein SP-Postulat zum Thema Prostitutions-gewerbeverordnung PGVO behandelt. Der Stadtrat plädierte für «weiter so». Die AL-Fraktion fordert dagegen einen klaren Kurswechsel, um der selbstbestimmten Sexarbeit Raum zu geben.

Werfen wir einen Blick in die Vergangenheit und auf die Gegenwart, um die Situation rund um die Prostitution in Zürich besser zu verstehen. Die Verabschiedung der PGVO im März 2012 (gegen die Stimmen von AL und EVP) war vor allem bei linksgrünen Frauen von der Hoffnung auf eine rechtliche und gesellschaftliche Besserstellung der Sexarbeitenden begleitet. Eine Hoffnung, welche die AL schon damals als illusionär taxierte.

## Kleinstsalons verschwinden

Leider haben wir Recht behalten. Heute wird Sexarbeit in Zürich stärker kriminalisiert und durch die Bürokratie behindert als vor dem Erlass der PGVO. Im Zusammenwirken mit den neuen Bestimmungen der PGVO und der strikten Umsetzung der BZO-Bestimmungen wurde die Prostitution in den Kreisen 1 und 4 massiv zurückgedrängt. Im Jahr 2008 gab es 302 registrierte Salons in Zürich, 2015 waren es noch deren 138. Ein Drittel der registrierten Kleinstsalons mit einer bis zwei Sexarbeiterinnen sind zwischen 2012 und 2014 verschwunden.

Am massivsten hat es den Kreis 4 als traditionelles Rotlichtquartier getroffen. Gab es dort 2008 noch über 120 registrierte Salons, waren es 2014 mit 55 noch knapp die Hälfte. Die Repression gegen Sexarbeiterinnen wird stetig verstärkt, die Polizeipräsenz ist enorm. Personen, die verdächtigt werden, Prostitution auszuüben oder als Freier unterwegs zu sein, werden gebüsst, falls sie dies in «unerlaubten Zonen» tun. Die Frauen dürfen im Kreis 4 keine Freier auf der Strasse anwerben. Auch vor den Bars, in welchen die Kon-

taknahme geschieht, ist die Polizei präsent. Der Stadtrat hat längst Tatsachen geschaffen, um den Kreis 4 zu einem cleanen Trendquartier zu machen. Prostitution passt dabei nicht ins Bild. Für mich gehört diese aber genauso in unsere Strassen wie Junkies, Bezirksrichter und die Lädlibesitzerin von nebenan.

## Ziel der PGVO weit verfehlt

Ein erklärtes Ziel bei der Einführung der PGVO war, die Salonprostitution gesetzlich zu regeln und den Strassenstrich beim Sihlquai zu schliessen. Statt des Sihlquais wurde der Depotweg eröffnet. Tatsache ist, dass die städtischen Vorzeige-Baracken für den Autostrich im Schnitt pro Nacht von gerade mal gut einem Dutzend Prostituierten genutzt werden. Der Grossteil der Frauen, die früher am Sihlquai standen, ist nicht nach Altstetten gezogen, sondern aus dem Blickfeld verschwunden.

## Die AL-Fraktion forderte aus all den oben genannten Gründen in ihrer Motion die Aufhebung der PGVO...

... und, damit verbunden, ein Umdenken in der Prostitutionspolitik seitens des Stadtrats. Leider wurde sie dabei von keiner weiteren Fraktion im Gemeinderat unterstützt. Eines unserer wichtigsten Anliegen war die Zustimmung des Stadtrats zu einer liberalen Handhabung der polizeilichen Bewilligungspflicht. Denn bei Erlass der PGVO war es erklärter Wille und Konsens, Einzelsalons mit einer bis zwei Sexarbeitenden von der polizeilichen Bewilligungspflicht auszunehmen.

Doch die buchstabengetreue Umsetzung der PGVO führt dazu, dass zahlreiche Kleinstsalons wegen Kündigung durch die Hausbesitzer oder wegen fehlender polizeilicher oder baurechtlicher Bewilligungen geschlossen worden oder von Schliessung bedroht sind. Diese Forderung haben wir zusammen mit der SP und Grünen in Form eines Postulates eingereicht. Im Gemeinderat fand dieses breite Unterstützung.

## AL steht nicht mehr alleine da

Ob sich seitens des Stadtrats etwas an der Praxis ändern wird, sei dahingestellt. Da sich dieser weigert, das geltende Nutzungsverbot in der BZO aufzuheben, bleibt jede sexgewerbliche Nutzung – ausgenommen ein paar wenige Fälle mit Bestandesgarantie, die mit jedem Jahr bedeutungsloser wird – sowohl im ganzen Langstrassenquartier als auch in der erlaubten Strichzone Niederdorf generell verboten.

Das SP-Postulat, welches einen legalen Strassenstrich im Langstrassenquartier forderte, blieb chancenlos. Es ist davon auszugehen, dass nur die von mir und Alan Sangines (SP) eingereichte Motion, welche die Aufhebung der Benutzungsgebühr für den Strassenstrich forderte, umgesetzt wird. Der Stadtrat wird wohl mit seiner mutlosen und repressiven Prostitutionspolitik weitermachen. Aber etwas hat die AL-Fraktion dennoch erreicht: Wir stehen mit unserer Kritik nicht mehr ganz alleine da. Ein großer Teil des Gemeinderats fordert ein Umdenken in der Prostitutionspolitik.

**Christina Schiller, Gemeinderätin**



# Zürich und die USR III

**Die AL unterstützt das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III des Bundes (USR III). Als einer der letzten hat der Zürcher Regierungsrat seine Pläne für die geplante Umsetzung im Kanton vorgelegt. Steuervorlagen sind nicht sexy und für die meisten nur schwer durchschaubar. Niklaus Scherr versucht, etwas Licht ins Dunkel zu bringen.**

## Die Ausgangslage

Eine Unternehmenssteuerreform ist unumgänglich, die steuerliche Vorzugsbehandlung von Holding-, Briefkasten- und gemischten Gesellschaften (vor allem Rohstoff-Firmen) wird von OECD und EU nicht mehr toleriert. In der konkreten Umsetzung hat das Parlament das Fuder jedoch klar überladen. Den Kantonen wird eine breite Palette von Abzugsmöglichkeiten zur Reduktion der Gewinnsteuern angeboten, die sie nutzen können oder nicht. Vorgeschrieben ist einzig die «Patentbox» (reduzierte Besteuerung der Erträge aus Patenten und Lizenzen), die Kantone sind jedoch frei, den Umfang der Reduktion zu bestimmen (maximal 90 Prozent). Erlaubt werden Zusatzabzüge für Forschungs- und Entwicklungsaufwand (bis zu 150 Prozent) und die sog. zinsbereinigte Gewinnsteuer (Gewinnreduktion dank Abzug eines virtuellen Basiszinses auf einem Teil des Eigenkapitals). Alle Abzüge zusammen dürfen den steuerbaren Gewinn höchstens um 80 Prozent reduzieren; die Kantone dürfen diesen Abzugs-Plafonds jedoch auch weniger hoch ansetzen.

## Was plant die Regierung?

Die USR III hat schon vor ihrem Erlass eine verheerende neue Senkungsrunde bei den Firmensteuern in den Kantonen angestoßen. Vorreiter sind Waadt, Nidwalden, Luzern, Zug und Schaffhausen, die alle Netto-Steuersätze zwischen 12 und 14% vorsehen (inkl. 7.83% Bundessteuer). Auch die Zürcher Regierung will sich an diesem Dumping-Karusell beteiligen und den Brutto-Gewinnsteuersatz um ein Viertel von 8 auf 6 Prozent senken. Netto würde damit der Gesamtsteuersatz in der Stadt Zürich von 20.65% auf 17.79% sinken. Zudem will sie die ganze Abzugs-Palette uneingeschränkt übernehmen und keine tieferen Grenzwerte festsetzen. Das bedeutet, dass der Gewinnsteuersatz bei der einfachen Staatssteuer nicht nur von 8 von 6, sondern im Einzelfall bis auf 1.2 Prozent

(=20% von 6 Prozent) reduziert werden kann. Damit werden de facto die bisherigen Privilegien von Spezialgesellschaften, die eine Entlastung in ähnlichem Umfang vorsahen, in anderer Form weitergeführt.

## Zusatzabzüge bringen massive Mehrausfälle

Verlässliche Angaben zu den Ausfällen sind schwierig. Die Regierung arbeitet mit einem «dynamischen Modell», das verschiedene Wechselwirkungen einbezieht. 2013 nahm der Kanton 787 Mio Franken Gewinnsteuern ein. Die Reduktion des Steuersatzes von 8 auf 6 Prozent bringt einen kalkulatorischen Ausfall von 197 Mio Franken. Der Regierungsrat beziffert allerdings die Ausfälle beim Kanton insgesamt mit 285 bis 325 Mio Franken – also 88 bis 128 Mio Franken mehr. Das zeigt, dass die steuerpolitischen Extrawürste (Patentbox, Mehrabzüge für Forschung, zinsbereinigte Gewinnsteuer) massiv einschenken.

## Stadt Zürich massiv zur Kasse gebeten

Für die Gemeinden rechnet der Kanton mit 360 – 415 Mio Franken Ausfällen. 2013 entfielen von 11'188 Mio Franken versteuerten Gewinnen zwei Drittel auf Zürich (55.1%) und Winterthur (8.2%).

Vor Ausbruch der Finanzkrise – als die Grossbanken noch ordentlich Steuern zahlten – war der Anteil der Stadt Zürich viel höher (73.4% im Jahr 2007). Grob hochgerechnet anhand der Zahlen des Kantons müssen Zürich mit 200 – 230 Mio und Winterthur mit 29 – 33 Mio Franken Mindereinnahmen rechnen. Das sind für Zürich 13 – 15 Steuerprozent! Der Stadtrat rechnet sogar mit einem Minus von 300 Mio Franken.

## Mickrige Gegenfinanzierung

Dank der Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer von 17% auf 21.2% kann der Kanton 180 Mio Franken mehr für sich einbehalten. Hinzu kommt ein Plus von 10 respektive 15 Mio bei Kanton und Gemeinden, weil der 2008 beschlossene Steuerrabatt auf Dividenden von 50% auf 40% reduziert wird. Den prognostizierten Ausfällen bei Kanton und Gemeinden von 645 Mio bis 740 Mio Franken steht damit eine Gegenfinanzierung von 205 Mio gegenüber. Netto verbleibt ein Minus von 440 bis 535 Mio Franken – rund eine halbe Milliarde.

## Unsere Forderungen an den Kanton

Natürlich muss die USR III zunächst auf eidgenössischer Ebene mit dem Referendum bekämpft werden. Auf kantonaler Ebene stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

- Keine allgemeine Gewinnsteuersenkung;
- Aufhebung der 2008 eingeführten privilegierten Besteuerung von Dividenden (Mehreinnahmen von 50 respektive 75 Mio Franken bei Kanton und Gemeinden);
- Keine zinsbereinigte Gewinnsteuer;
- Falls die zusätzlichen Instrumente genutzt werden: deutlich niedrigerer «Deckel» (Entlastungsgrenze) für alle erlaubten Steuerabzüge zusammen als die maximal möglichen 80 Prozent;
- Zwei Drittel der zusätzlichen Bundessteuereinnahmen von 180 Mio Franken müssen den Gemeinden zukommen, namentlich Zürich und Winterthur als Hauptgeschädigten der USR III.

**Niggi Scherr, Gemeinderat**



# Vom Vorort zur Stadt

**Dietikon war nach dem Zweiten Weltkrieg noch ein Bauerndorf mit wenigen Tausend Einwohnern. Heute ist es eine Stadt mit über 26'000 Einwohnern. Mit entsprechenden Problemen.**

## Rasantes Wachstum

Die Einwohnerzahl nahm vor allem in den 1950er- und 1960er-Jahren sehr schnell zu. Für die Verdoppelung von 10'000 auf 20'000 benötigte Dietikon gerade neun Jahre. In dieser Zeit wurde das Gemeindeparlament eingeführt. Seit 1970 nennt sich Dietikon Stadt und hat einen vollamtlichen Stadtpräsidenten. Die Siedlungen aus jener Zeit entsprechen oft den Vorstellungen der Gartenstadt, wie wir sie z.B. aus Schwamendingen kennen. Allerdings ist der Anteil der Genossenschaftswohnungen ausserordentlich klein. Anfang der 1970er-Jahre erreichte die Einwohnerzahl einen vorläufigen Höhepunkt und nimmt erst in den letzten Jahren wieder zu. Die Einwohner von Dietikon leben in der Regel in eher bescheidenen Verhältnissen. Die Stadt hat nicht nur hat den höchsten prozentualen Anteil von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern im ganzen Kanton, auch sonst findet man viele Familien mit geringem Einkommen und Rentnerinnen und Rentner mit kleiner Rente.

## Unerschwingliche Neubauwohnungen

Die Liegenschaften aus den 1950er- und 1960er-Jahren stehen vor einer Erneuerung. Wie das Beispiel Sonnenhof zeigt, ist auch mit der heutigen Bauordnung eine höhere Ausnutzung möglich.

Und wie man dort sehen kann, werden solche Liegenschaften nicht saniert, sondern durch einen Neubau ersetzt. Diese Entwicklung beobachtet man in der ganzen Agglomeration und sie macht auch vor den Genossenschaftssiedlungen nicht Halt. Die neuen Wohnungen sind allerdings auch ohne luxuriösen Ausbaustandard wesentlich teurer als die bisherigen und damit für die bisherigen Mieterinnen und Mieter unerschwinglich. In manchen Kreisen wird dies positiv beurteilt. Dort will man Leute mit höherem Einkommen und bessere Steuerzahler anziehen. Und schiebt beiseite, dass auch Wenigverdienende brav ihre Steuern bezahlt, ihre Kinder grossgezogen und sich oft aktiv am Stadtleben beteiligt haben. Für sie muss in unserer Stadt weiterhin Platz bleiben.

Bestimmt ist es nicht wünschenswert, dass unsere Stadt zu einem Getto von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern wird. Ebenso wenig, wie ein Getto der Gutverdienenden entstehen sollte. Ich hätte meine Kinder nicht in Uitikon aufwachsen lassen wollen – einem Ort, von dem mir eine Lehrerin sagte, sie habe selten so arrogante Kinder angetroffen. Für diese sei die Lehrperson der letzte Lakai, der gefälligst dafür sorgen soll, dass die Kinder ins Gymnasium kämen. Da wünsche ich mir eine Gemeinde mit einer guten Durchmischung.

## Limmattalbahn bringt grosse Veränderungen.

Dietikon steht vor grossen Weichenstellungen. Mit der Limmattalbahn erhält

es ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel. Die Bau- und Zonenordnung soll revidiert werden. Entlang der Bahn ist verdichtetes Bauen geplant. Daneben ist auch ein Hochhauskonzept vorgesehen.

Die AL fordert, dass im erneuerten Dietikon ein ansehnlicher Anteil preisgünstiger Wohnraum entsteht. Der Genossenschaftsanteil muss unbedingt erhöht werden, auch sind mehr subventionierte Wohnungen nötig. Verdichtung darf nicht auf Kosten der Wohnlichkeit unserer Stadt geschehen, darum brauchen wir einen hohen Anteil an Freiflächen mit Parks.

Die grossen Planungsgewinne, die Private dank dem Bau der vom Kanton finanzierten Limmattalbahn erzielen werden, müssen mit Auflagen bei der Neugestaltung der Gebiete entlang der Bahn abgegolten werden.

Der Bau der Limmattalbahn wird noch zu vielen Detaildiskussionen führen. Ihr Betrieb wurde inzwischen der Aargauer Bremgarten-Dietikon Bahn übertragen. Daher benötigt die Bahn unbedingt ein Depot.

Die VBZ als Betreiberin hätte wenigstens vorläufig auf ein separates Depot verzichten können. Ursprünglich war als Standort das Gebiet Asp auf Aargauer Boden vorgesehen.

Nachdem der Kanton Aargau diesen Standort abgelehnt hat, berät der Zürcher Kantonsrat nun über einen Depotstandort im landwirtschaftlich genutzten Müsli auf Dietiker Boden, obwohl dieser Standort nicht direkt an der Limmattalbahn liegt.

**Ernst Joss, Gemeinderat**

## Schaffhausen schafft Tagesschulen.



## Schaffhausen: AL-Stadtrat Simon Stocker glänzend bestätigt

In der ersten Wahlrunde in der Stadt Schaffhausen ist AL-Stadtrat Simon Stocker am 28. August mit 7'232 Stimmen und dem zweitbesten Resultat hinter Stadtpräsident Peter Neukomm glänzend wiedergewählt worden. Mit der Zuwahl der Grünliberalen Karin Bernath zulasten der FDP verschieben sich die Gewichte in der städtischen Exekutive nach Mitte-Links (je ein SP, AL, GLP, FDP und SVP).

Bei den Regierungsratswahlen kommen die AL-Kandidatinnen Linda da Ventura und Susi Stühlinger auf 4'731

respektive 3'960 Stimmen. Das sind beachtliche 19.6% respektive 16.4% Wähleranteil im ganzen Kantonsgebiet (in der Stadt Schaffhausen holt Linda sogar 26%).

Mit diesen Ergebnissen hat die AL ein hervorragendes Fundament gelegt für die Kantonsratswahlen und die Stadtschulratswahlen in der Stadt Schaffhausen, die beide am 25. September 2016 stattfinden, und für die Wahlen in den Grossen Stadtrat der Stadt Schaffhausen vom 27. November 2016. Herzliche Gratulation aus Zürich!



## Grösse bolzen ohne Konzept



Nach den Sommerferien hat die Kommission für Planung und Bau (KPB) ein Milliarden-Geschäft zu Ende beraten, das für die Stadtquartiere rund um Uni und ETH einschneidende Auswirkungen haben wird. Unispital, ETH und Universität wollen das Hochschulgebiet massiv verdichten und erweitern und vor allem auch in die Höhe bauen. Es soll – so die Promotoren – im Herzen von Zürich «ein Campus à la MIT Boston» entstehen.

Das Geschäft wurde mit einer unglaublichen Geschwindigkeit durchgepeitscht, die Mitsprache der Bevölkerung war und ist nicht erwünscht. Einzig an ein paar Informationsanlässen und an einer Kommissionssitzung durfte die Bevölkerung ihre Bedenken äussern. Die AL befürwortet eine Erneuerung von Unispital, Universitäts- und ETH-Gebäuden, weil damit auch zweckentfremdeter Wohnraum zurückgeführt werden kann. Nicht einverstanden sind wir mit einem mass- und konzeptlosen Ausbau, der

einzig dem Ego einiger Personen schmeichelt und keine Rücksicht auf die gebauten Strukturen nimmt. Es hat autistische Züge, wenn der Kanton so tut, als baue man auf einer grünen Wiese.

Die AL-Kantonsratsfraktion wird den Antrag der GLP unterstützen, welche die Vorlage 5180 «Richtplan Hochschulgebiet» an den Regierungsrat zurückweisen will. Verlangt wird damit ein städtebaulicher Wettbewerb im Hochschulperimeter mit einer Reduktion der Geschossflächen auf 320'000 Quadratmeter, ein zusammenhängender Park von mindestens 4,5 ha, die Stärkung der Rämistrasse als Bildungs- und Kulturmeile und die Schaffung baulicher Voraussetzungen für einen effizienten und zeitgemässen Spitalbetrieb. Ein Zwischenstopp hätte für alle Vorteile und wäre bei diesem «Generationenprojekt», wie es die Promotoren gerne nennen, verkraftbar. Würde man die städtebaulichen und inhaltlichen Fragen sowie die ungelösten Verkehrsfragen – es muss mit massivem Mehrverkehr gerechnet werden – seriös abklären, wäre höchstens mit einem Jahr Verzögerung zu rechnen. Zumindest könnte mit dem Rückweisantrag Zeit gewonnen werden.

**Judith Stofer, Kantonratsrätin**

## Der Denkwort und das Highlight



Die Wochen vor den Sommerferien brachten noch einmal viele Sitzungen. In Mehrfachsitzungen bis Mitternacht diskutierten wir die neue Bau- und Zonenordnung und die Rechnung 2015. Es ist der AL-Fraktion gut gelungen, ihre Positionen im Rat und in den Medien sichtbar zu machen.

Einen Denkwort bekam Filippo Leutenegger mit der Nichtabnahme der Rechnung 2015 von ERZ (Entsorgung & Recycling Zürich) verpasst. Wegen der nach wie vor fehlenden Transparenz über die Kreditmanipulationen beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz musste der FDP-Stadtrat von der AL und anderen deutliche Kritik einstecken.

Ein Highlight war die Zustimmung zu der von uns beantragten Reduktion der Infrastrukturgebühr der Abfallentsorgung, die dank hartnäckiger Intervention in der Kommission von 20 % auf 50 % erhöht werden konnte. Als Wermutstropfen bleibt, dass unser Antrag zur Senkung

der Abwassergebühren durch den Kleinmut der SP-GenossInnen sprichwörtlich den Bach runter ging.

Der Gestaltungsplan Überlandpark, der die Bebauung rund um die Autobahneinhausung in Schwamendingen einschliesst, war ein Prüfstein für linke Wohnbaupolitik. Erneut hatte es der Stadtrat versäumt, die ärmeren Bevölkerungsschichten vor der Vertreibung aus dem künftig hochaufgewerteten Gebiet zu schützen. Rührend, wie die SVP das Hohelied der Genossenschafts-Autonomie anstimmte, als wir einen Mindestanteil subventionierter Wohnungen forderten. Niggi Scherr erinnerte die Blocherpartei daran, dass sie damit gerade ihre eigene Wählerklientel im Regen stehen lässt. Intensiv haben wir uns in der vorbereiteten Kommission um den Aufbau einer Mehrheit gegen die Ausgliederung des ewz aus der Stadtverwaltung bemüht. Nach dem Weggang von Corin Schäfli durften wir als neuen Kollegen Mischa Schiow begrüßen, der den Sitz in der Geschäftsprüfungskommission übernimmt.

**Andreas Kirstein,  
Fraktionspräsident Gemeinderat**

## AL-InhAlte mit Biss:



### 18. Juli: Gründung des Solidaritätskomitees Zürich-Diyarbakir.

Für die Menschen vor Ort ist der Brückenschlag sehr wichtig, zeigt er doch, dass die Stadt Diyarbakir trotz Ausnahmezustand und Zerstörung von der Welt nicht vergessen wird. Ziel des Brückenschlags ist nicht zuletzt auch der persönliche Kontakt zwischen Menschen aus Zürich und Menschen aus Diyarbakir. Nur so kann Wissen ausgetauscht und können Vorurteile überwunden werden.



**24. August: Grosse Medienkonferenz Komitee Kinderbetreuung JA.** Die Gründe für ein Ja zur kantonalen Abstimmung der AL-Initiative am 25. September erläuterten: **Markus Bischoff**, Kantonrat AL, **Dr. Ellen Ringier**, Präsidentin Stiftung Elternsein **Rosemarie Quadranti**, Nationalrätin BDP, Präsidentin kibesuisse, **Jacqueline Badran**, Inhaberin Zeix AG, Nationalrätin SP, **Ursula Fehr**, Gemeindepräsidentin Eglisau, SVP, **Karin Fehr**, Kantonratsrätin Grüne, **Isabel Garcia**, Gemeinderätin Stadt Zürich, Fraktionspräsidentin GLP.





Nichts gegen die Sanierung des Amtshauses am Helvetiaplatz. Soll dieser Vertreter der Nachkriegsmoderne doch bald wieder in seiner ganzen Fenster-Beton-

Pracht erstrahlen. Einige hätten ihn am liebsten zum Abschluss freigegeben. Für mich gehört er zur Stadt. Ich erinnere mich gerne daran, wie ich als Kind das erste Mal vor ihm stand, hoch schaute und dachte, er sei ein Wohnhaus, und mich wunderte, dass vor keinem der Fenster Wäsche hing. Das passiert einem bei modernen Verwaltungsgebäuden ja nie. Steht er nicht für das städtebauliche Yang inmitten aller Ying-Tendenzen, Zürich immer noch schöner zu machen?

Zudem ist das Amtshaus nicht einfach ein Klotz. Treffend wird es als schwebender Kubus bezeichnet, eine Art Stahlbeton-Pfahlbau. Sein Erdgeschoss ist mehrheitlich offen und gibt dem Gebäude eine gewisse «Luftigkeit». Steht man frontal davor, sieht man es gar nicht, wenn man nicht will, sondern blickt von seiner Hinterseite her direkt auf einen der grössten Plätze der Stadt. Mit dem schwebenden Amtshaus und der freien Sicht soll aber schon bald Schluss sein. Mit der Sanierung will man – städtische Sparmassnahme - die öffentlich zugängliche Kantine mit Dachterrasse aufheben und – zur Belegung - das offene Erdgeschoss für 2 Millionen mit einer Café-Bar zubauen. Statt des Platzes sieht man dann eine Wand vor sich. Übrig bleibt, was man wohl eine Passage nennt.

Kostenpflichtige Konsumationsstätten zur Belegung des öffentlichen Raumes sind eine Mogelpackung, denn dadurch verschwindet Raum, der allen kostenfrei zugänglich sein sollte. Und was will die Stadt mir ihrem Mini-Café am Helvetiaplatz noch «beleben», nachdem sich das Café BANK mit 200 Aussenplätzen breit gemacht hat? Der Platz ist vieles, aber nicht unbelebt. Schüttet man Wasser in den Ozean oder gibt einem normal Atmenden eine Mund-zu-Mund-Beatmung?

Oder geht's gar nicht um Belegung? Laut Stadtrat wird das Erscheinungsbild des Amtshauses nicht verändert. Es gibt in den Harry Potter-Romanen den für Muggel unsichtbaren Zaubererbahnsteig. Vielleicht will die Stadt diesen Trick hier einfach mal selber ausprobieren.

Andrea Leitner, Gemeinderätin

## Wie viel Realpolitik erträgt der Mensch?

«Ein Krieg ist ein Krieg, weil er Tote in die Entscheidung einbezieht. Ein Parlament ist nur ein Parlament, solange es Tote ausschliesst.» Elias Canetti, Masse und Macht.

**Verwandte, Bekannte, Freundinnen und Freunde, Wählerinnen und Wähler fragen mich: «Wie ist es im Kantonsrat?»**

Ich berichte von ritualisierten Abläufen wie dem Händeschütteln in der Fraktion, in der Kommission, im Ratssaal; der Grussformel vor den Voten («Herr Präsident, geschätzte Frau Regierungsrätin, wertvolle Kolleginnen und Kollegen»), den Verfahren im Ratsbetrieb (unterschiedliche Wahlsysteme, diverse parlamentarische Instrumente und festgelegte Redezeiten), der militärisch bildhaften Sprache («auf dem Latrinen- oder Dienstweg»), meinen persönlichen Angewohnheiten, seit ich Kantonsrätin bin: Ich bügle, und zwar jeden Sonntag, meinen Anzug.

**Der Ratsbetrieb besteht aus Ritualen...**

... innerhalb einer Gruppe (dem Parlament), die aus unterschiedlichen Rudeln (den Fraktionen) zusammengesetzt ist, die ihrerseits verschiedenste Allianzen eingehen. Die festgelegten Abläufe auf dem politischen Parkett zu kennen und sinnvoll zu nutzen, mag Nicht-Politikerinnen und -Politikern auf den ersten Blick wie eine Strafaufgabe erscheinen: Man muss sich im Dschungel des How-to und No-go zurecht finden. Tatsächlich handelt es sich dabei um gewachsene diplomatische und überlebenswichtige Strukturen, die das Zusammenwirken von sich «feindlich» gesinnten Rudeln ermöglichen. Es geht um Unverletzlichkeit, meine ich, um Benimmregeln, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum anständigen Miteinander in der Gruppe zwingen.

**«Parlament», nach Duden:**

«Gewählte (Volks-)Vertretung mit beratender und gesetzgebender Funktion.» Das klingt trocken, ist aber ebenso emotional. Man weiss nie, wann und warum plötzlich der Funke springt und die Diskussion zum Schlagabtausch mutiert. Festgelegte Vorgänge im realpolitischen Ratsbetrieb übernehmen die Aufgabe eines Sicherungskastens. Anstand braucht es, wenn 180 Menschen mit unterschiedlichsten Ansichten, ohne über einander herzufallen, eine gemeinsame Aufgabe bewältigen sollen.

Mein Montag im Rathaus beginnt damit, dass ich ohne meinen Ausweis nicht in den Ratssaal gelange (wer seinen Ausweis vergisst, muss sich vor den

Sicherheitsleuten durch ein anderes Ratsmitglied bezeugen lassen); im Foyer angelangt, bezeuge ich meine Anwesenheit auf der Liste, dann fische ich mir zwei Äpfel und betrete den Ratssaal (Sitzung von 8:15 bis etwa 12 Uhr). In meinen Reihen angekommen, beginnt das Händeschütteln (in der Fraktion, links und rechts davon, wie's grad kommt). Dann legt jemand die Fraktionsmappe auf meine Arbeitsfläche (gesammelte Protokolle der Kommissionen) und freundlicherweise auch gelesene Zeitungen (zur Lektüre). Wenn mir ein Geschäft zugeteilt ist, muss ich mich rechtzeitig bemühen, von der 2. Vizepräsidentin als Fraktionssprecherin vermerkt zu werden und – nachdem mir das Wort durch den Präsidenten erteilt worden ist – ohne Zeitverlust aufstehen, den Knopf fürs Mikrofon erwischen und mir, wenn beides ohne Peinlichkeit geglückt ist, im lauten Gemurmel (es gibt Leute, die im Ratssaal telefonieren) und Zeitungsrascheln Gehör verschaffen. Es ist ein besonderer Moment, wenn es ruhig wird im Saal und die Menschen einem zuhören. Dann steht die Ratsmühle für einen Moment still.

**Ich finde den Gedanken tröstlich, dass jede und jeder von uns, die wir Montag für Montag sitzen, ersetzbar ist.**

Das drücken die festgelegten Vorgänge eben auch aus. Sie sollten es sein und sind es wohl auch: für jede und jeden irgendwie «händelbar».

Jede Woche mit Ratssitzung hat ihre sich stets wiederholenden Abläufe. Die Ratspost erreicht mich jeweils mittwochs (Mitteilung erledigter Geschäfte, Sitzungseinladung und -traktanden, Vorstösse und Gesetzesvorlagen, Wahlzettel, Berichte o.ä.). Ende Woche werden die Fraktionsunterlagen zugestellt (Sitzungseinladung mit Traktanden und Protokoll o.ä.) und dann ist da noch dieses „Mit-der-Rede-schwanger-Gehen“, das mich durch die Woche begleitet. Rhythmen sind wahrnehmbar wie ein Kreislauf: Auch eine Legislatur und ihre vier Amtsjahre mit Zyklen (Doppelsitzung am letzten Montag im Monat, Budgetsitzungen vor Weihnachten, wechselnde Präsidialjahre, Neuwahlen) haben ihren Rhythmus. Wahrnehmbare Rhythmen sind gut, denke ich. Weil der Puls unkontrolliert in die Höhe schnellen kann.

Laura Huonker, Kantonsrätin